



Dr. Carsten Brodesser | MdB **CDU**

Berlin Aktuell 50. KW | 2017

**Liebe Leserinnen und Leser,**

*wir gehen in die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im Jahr 2017.*

*In den kommenden beiden Tagen beschließen wir insgesamt sieben Auslandseinsätze der Bundeswehr in verschiedenen Gebieten über den gesamten Globus verteilt. Darüber hinaus steht in dieser Woche das erste Gespräch zwischen unserer Partei und der SPD bezüglich möglicher Koalitionsgespräche an. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, den Schutz von Opfern von Gewalttaten zu verbessern.*

## **I. Die politische Lage in Deutschland**

### **Modernisierung unseres Landes und Sicherheit für die Bürger.**

Das erste Gespräch zwischen den Spitzen von Union und SPD steht in dieser Woche an. Wir als Union sind zur Bildung einer stabilen Bundesregierung bereit. Dass die SPD ihre Position überdacht hat und nun Gespräche mit uns führen wird, ist ein wichtiger Schritt, damit wir endlich vorankommen. Klar ist: In einer Koalition kann man nicht alles umsetzen, was in einem Wahlprogramm steht. Es braucht Kompromissfähigkeit, es braucht Verantwortungsbewusstsein für unser Land. Klar ist aber auch, dass die „Einheitskasse“ kein Problem löst und dass wir unser Regelwerk zur Migration umsetzen wollen.

Deutschland braucht eine stabile Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit, keine Experimente. Eine große Koalition kann die notwendige Modernisierung unseres Landes intensivieren und den Bürgern Sicherheit geben. Gleichzeitig darf sie keine Lähmung in wichtigen Fragen erzeugen. Für die Modernisierung ist zentral, dass öffentliche Investitionen in Straßen und Schienen schneller umgesetzt werden und wir bei der Digitalisierung den Turbo anwerfen. Die Situation an unseren Schulen müssen wir verbessern, den Ländern werden wir als Bund dabei helfen. Wir wollen die Sicherheit für unsere Bürger im umfassenden Sinne verbessern: vor allem die innere Sicherheit, aber auch die soziale. Wir werden darauf achten, dass unser Land nicht überfordert wird bei der Migration, deshalb ist die Umsetzung des Regelwerks zur Migration von CDU und CSU vom 8. Oktober 2017 so zentral. Für diese Vorhaben brauchen wir einen leistungsfähigen Staat mit guter Verwaltung und guter Justiz, das ist eine große Aufgabe für Bund und Länder. Schließlich wollen wir Europa stärken und besser ins nächste Jahrzehnt führen.

## **Opferschutz verbessern.**

Wir wollen mit einem fraktionsübergreifenden Antrag aus der demokratischen Mitte heraus den Schutz von Opfern von Gewalttaten verbessern. Insbesondere liegt uns ein besseres Opferentschädigungsgesetz am Herzen. Opfer von Gewalttaten leiden oft lange physisch und psychisch unter den Folgen der Tat.

Wir beschränken uns bei unserer Initiative nicht auf die Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz, sondern beziehen bewusst auch Opfer von anderen Gewalttaten ein. Es gilt nun, eine Erhöhung und Ausweitung von Entschädigungen bei terroristischen Anschlägen und sonstigen Gewalttaten zu prüfen. Wir brauchen zentrale Anlaufstellen, die im Falle eines Anschlags schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Wir sichern schließlich den über 60 zum Teil schwer Verletzten und den Hinterbliebenen der zwölf Getöteten vom Breitscheidplatz weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung zu.

Zudem streben wir als Union einen Untersuchungsausschuss an, um das Attentat auf den Weihnachtsmarkt vor der Berliner Gedächtniskirche lückenlos aufzuklären. Die Verhandlungen mit den anderen Fraktionen über einen gemeinsamen Einsetzungsantrag sind noch nicht abgeschlossen, wir werden sie fortsetzen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir noch besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Wir werden alles daransetzen, die Umstände des Attentats weiter aufzuklären, um daraus weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Aufenthaltsrecht zu ziehen.

## **II. Die Woche im Parlament**

### **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte in folgenden Gebieten:**

- An der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer
- Zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation „IS“ in Teilen Iraks und Syrien
- Zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte
- Am NATO-geführten Einsatz „Resolute Support“ für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan
- An der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA)
- An der AU-/VN-Hybrid-Operation zur Unterstützung des Friedensabkommens in Dafur (UNAMID)
- An der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission im Südsudan (UNMISS)

**Opferentschädigung verbessern.** Mit diesem fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen fordern wir die Bundesregierung wie oben dargestellt auf, die Situation von Opfern von Gewalttaten und ihrer Angehöriger zu verbessern. Wir nehmen Bezug auf den Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz, der am Mittwoch vorgestellt wird.

**Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2018 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2018).** In erster Lesung beraten wir die Bereitstellung von Mitteln aus dem ERP-Sondervermögen für das kommende Jahr. Dieses stammt aus Mitteln des Marshallplans und fördert insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Für das Jahr 2018 sind Gelder in Höhe von 790 Mio. Euro vorgesehen, um zinsgünstige Finanzierungen und Beteiligungskapital mit einem Volumen von rund 6,75 Mrd. Euro zu ermöglichen. Diese kommen in erster Linie Existenzgründungen und Wachstumsfinanzierungen, Innovationsförderung, Exportfinanzierungen sowie dem Aufbau und der Modernisierung bestehender Unternehmen im Osten und in regionalen Fördergebieten im Westen zugute.

### III. Daten und Fakten

**Geleistete Arbeitsstunden auf Rekordniveau.** Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stieg die Zahl der in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden im vergangenen Quartal auf den höchsten Stand seit 25 Jahren. Zwischen Juli und September lag diese bei rund 15,4 Mrd. Stunden und damit bei 1,3 Prozent mehr als noch im Vorjahreszeitraum. Der Zuwachs an Arbeitsstunden sei den Arbeitsmarktforschern zufolge jedoch nicht darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte durchschnittlich länger an Schreibtischen oder in Fertigungshallen gearbeitet hätten. Vielmehr stehe der Aufwärtstrend im Zusammenhang mit der stark gestiegenen Zahl der Beschäftigten. Dies sei ebenfalls der Grund für einen Anstieg der Gesamtzahl an bezahlten Überstunden im dritten Quartal um 4,9 Mio. auf 213,3 Mio.  
(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Übrigens: Die Spendenbereitschaft der Deutschen, insbesondere für Not- und Katastrophenhilfe, ist im vergangenen Jahr leicht angestiegen. In den Monaten Januar bis September 2017 spendeten die Deutschen rund 3,1 Milliarden Euro. In diesem Zeitraum gab es in Deutschland etwa 17 Millionen private Spender, die durchschnittlich 32 Euro spendeten. Rund 2,5 Milliarden Euro wurden unterdessen von Unternehmen gespendet. Besonders im Hinblick auf die bevorstehende Weihnachtszeit ist sogar noch mit einem Anstieg der Bereitschaft zu rechnen.

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine weiterhin besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und alles erdenklich Gute für das kommende Jahr.*

*Herzliche Grüße!  
Carsten Jodemann.*